



Erwartungen des südniedersächsischen Handwerks an die neue Bundesregierung

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Herausforderung, der sich die neue Regierung zu stellen hat. Erforderlich dafür ist eine konsequente Rückbesinnung auf die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft mit einem selbsthaftenden Eigentümer als unternehmerischem Leitbild. Gerade die inhabergeführten Familienbetriebe des mittelständisch geprägten Handwerks sind es, die diese Grundwerte vorleben: Vor allem Verantwortungsbewusstsein für den Betrieb und seine Mitarbeiter, aber auch Eigeninitiative. Für diese Betriebe müssen die Gesetze gemacht werden.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung in Deutschland muss alle Kraft dafür aufgewendet werden, den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu erhalten. Hierfür braucht es innovative Unternehmer, gut ausgebildete Fachkräfte und junge Menschen, die auf dem Weg dorthin alle Möglichkeiten geboten bekommen, um sich hinreichend zu qualifizieren. Besondere Aufmerksamkeit der Politik muss dabei den Familien gelten. Es bedarf eines Ausbaus des Betreuungsangebots für Kinder im Vorschulalter, einer Ganztagsbetreuung in den Schulen sowie eines die Beschäftigung in den Handwerksbetrieben sichernden Übergangssystems. In den Schulen müssen neue Wege gegangen werden, um junge Menschen neben der Lernstoffvermittlung, zu motivieren und zu qualifizieren. Ein hervorragendes Beispiel, wie das gelingen kann, ist das Coaching-Projekt, dass an den BBS Münden entwickelt und zu Recht mit dem 2. Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde.

Die neue Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass sowohl Unternehmer als auch Bürger durch eine vernünftige und nachvollziehbare Steuer- und Sozialpolitik letztlich mehr netto in der Tasche haben, als dies bisher der Fall ist. Eine wesentliche, nach wie vor ungelöste Aufgabe für die anstehende Legislaturperiode besteht darin, die Sozialversicherungen bezahlbar und demografiefest zu machen. Unter anderem muss die Frühverrentung konsequent beendet und die einseitige Belastung der Arbeitgeber durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf maximal 4 Wochen reduziert werden.

Handlungsbedarf besteht in den Bereichen Unternehmensfinanzierung und Liquiditätssicherung. Gerade der handwerkliche Mittelstand muss erleichtert in die Lage versetzt werden, an Kredite zu kommen, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten. Das Arbeitsrecht muss die Voraussetzungen schaffen, dass handwerkliche Unternehmer noch eher bereit sind Arbeitsverträge abzuschließen, weil sie wissen, dass sie ohne unüberwindbare Hürden auch wieder beendet werden können. Das Kündigungsschutzgesetz muss diesem Anspruch gerecht werden.

Die Energie- und Klimapolitik gehört zu den prioritär zu verfolgenden politischen Zukunftsfeldern. Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Zielsetzung leistet die energetische Gebäudesanierung. Das Sanierungstempo muss deutlich erhöht werden. Hierfür bedarf es noch stärkerer steuerlicher Anreize, etwa durch eine spürbare Anhebung der Regelung zur Gewährung des Steuerbonus für Renovierer und Sanierer um das fünffache von derzeit € 1.200,- auf € 6.000,-.

Der Meisterbrief, als Qualitätsnachweis fachlichen Könnens und Verbraucherschutzinstrument muss erhalten bleiben, denn er ist der Garant für ca. 4,8 Mio. Arbeits- und 480 Tausend Ausbildungsplätze im deutschen Handwerk.